



Dr. Christos Pantazis, MdB
Bundestagsabgeordneter für Braunschweig
Gesundheitspolitischer Sprecher

Rede zur Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag „Bericht der Sonderbeauftragten für die Maskenbeschaffung – Volle Transparenz und Aufklärung jetzt“

Frau Präsidentin,

meine Damen und Herren,

die Corona-Pandemie konfrontierte unser Land mit einer historischen Ausnahmesituation. Von 2019 bis 2023 hat sie alle Bereiche des Lebens tiefgreifend verändert: den Alltag der Familien, die Arbeit der Pflegekräfte und Ärztinnen, unsere Bildungseinrichtungen, die Wirtschaft – und nicht zuletzt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unseren Staat. Die Herausforderungen waren beispiellos. Besonders zu Beginn der Pandemie fehlte es an vielem – vor allem an medizinischer Schutzausrüstung. Masken, Schutzkittel, Handschuhe waren auf den überhitzten Weltmärkten kaum zu bekommen. Und: Es gab keinen Impfstoff, keine Blaupause, keine Erfahrungswerte.

Der Druck, unter dem staatliches Handeln damals stand, war enorm. In dieser frühen Phase galt – und das ist nachvollziehbar – der Grundsatz: Leben schützen – auch wenn dies mit erheblichen finanziellen Risiken verbunden war. Diese Abwägung war in vielen Fällen richtig. Aber sie entbindet uns nicht von der Pflicht zur rückblickenden Aufarbeitung. Der Sudhoff-Bericht geht dabei auf eine klare Initiative des damaligen Bundesgesundheitsministers Karl Lauterbach zurück – mit dem ausdrücklichen Ziel, die Maskenbeschaffung unabhängig und transparent prüfen zu lassen.

Es ging ihm darum, Vertrauen zurückzugewinnen und aus möglichen Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Dafür gebührt ihm Respekt und Anerkennung!

25.06.2025

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: +49 30 227-78040, Fax: +49 30 227-23 78040,
christos.pantazis@bundestag.de

Dieser Anspruch muss uns auch heute leiten. Denn es steht außer Frage: Bei der Maskenbeschaffung sind teils gravierende Fehler gemacht worden. Verträge im Milliardenvolumen wurden abgeschlossen – viele Masken mussten später ungenutzt vernichtet werden. Es stehen noch immer Klagen in Milliardenhöhe im Raum. Das belastet den Bundeshaushalt bis heute.

Gleichzeitig erleben wir derzeit eine Debatte, in der versucht wird, den Sudhof-Bericht, der für uns die Grundlage der Aufarbeitung darstellt, parteipolitisch zu diskreditieren. Dem widerspreche ich hier mit aller Deutlichkeit!

Erstens: Der Bericht wurde parteiunabhängig erstellt – von Frau Ministerialdirektorin Sudhof, einer hochverdienten und über Parteigrenzen hinaus anerkannten Spitzenbeamtin im Range einer Staatssekretärin. Wer sie angreift, greift den Beamtenapparat unseres Staates an – und das weise ich entschieden zurück.

Zweitens: Es gab keine „Steuerung“ im Wahlkampf. Der Bericht wurde nicht vor der Wahl veröffentlicht, obwohl es für alle Parteien – auch für uns – verlockend gewesen wäre. Das belegt doch gerade, dass es hier nicht um Parteitaktik, sondern um sachliche, vertrauensbildende Aufarbeitung geht.

Und damit zum Wesentlichen: Ihrer hier im Rahmen der aktuellen Stunde beantragten Forderung nach voller Transparenz und Aufklärung ist die Bundesregierung jetzt gefolgt und hat den Bericht dem Haushaltsausschuss sowie dem Gesundheitsausschuss inzwischen übermittelt. Was ich für meine Fraktion außerordentlich begrüße!

Denn eines ist klar: Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht vollständige Transparenz. Sie wollen wissen, was mit ihrem Steuergeld passiert ist – und sie wollen sicher sein, dass sich Fehlentscheidungen nicht wiederholen. Nicht der Eindruck darf entstehen, dass „die da oben“ unter sich waren – zumal ja bekannt ist, dass einzelne Fälle strafrechtlich verfolgt werden.

Unsere Aufgabe als Parlament ist es deshalb, das Geschehene differenziert, aber kompromisslos aufzuarbeiten – um Vertrauen in demokratisches und staatliches Handeln zu sichern.

Das gilt auch für die Pandemie an sich. Die von den Regierungsfractionen nun geplante Enquete-Kommission wird dabei eine zentrale Rolle spielen. Sie soll die pandemische Lage umfassend analysieren.

Ein besonderer Fokus wird dabei – zu Recht – auf der Beschaffung und Vergabe kritischer medizinischer Güter liegen. Denn wir müssen klären, wie Ressourcen bei knapper Verfügbarkeit in Zukunft effizient, transparent und krisensicher beschafft werden können – und wie Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen im Ernstfall klar geregelt sind.

Die Pandemie war eine historische Krise von seit dem zweiten Weltkrieg nicht gekannter Tragweite – mit vielen Belastungen, viel Unsicherheit, und in Teilen auch mit Fehlentscheidungen.

Die selbstkritische Aufarbeitung solcher Fehlentscheidungen macht gerade die Stärke demokratischer Staaten aus. Dafür benötigen wir Transparenz. Denn Transparenz schafft Vertrauen!

Dafür steht der Sudhof-Bericht. Dafür steht unsere Initiative zur Enquete-Kommission. Und dafür stehen wir als SPD-Bundestagsfraktion.